

„Bedauerlich“, doch bindend

Zwischen EU-Beschwerde und 20-jährigem Jubiläum des Naturschutzgebiets: Wie steht der Bund Naturschutz heute zum folgenschweren Streitthema Ochsenau-Kompromiss?

Von Franziska Hofmann

Die Ochsenau ist das aktuell wohl am härtesten diskutierte Baugebiet Landshuts. Mehrmals war die 20 Hektar große Fläche, die – geht es nach der Stadt – in den kommenden Jahren bebaut werden soll, bereits Thema in Stadtratssitzungen. Diesen Planungen zugrunde liegt bekanntlich ein Kompromiss, der vor mehr als zwei Jahrzehnten zwischen dem damaligen Oberbürgermeister Josef Deimer, der Regierung von Niederbayern und dem Bund Naturschutz geschlossen wurde. Im Oktober jährt sich die Ausweisung des Naturschutzgebiets – eine Frucht dieses Kompromisses – zum 20. Mal. Dieses Jubiläum nimmt unsere Redaktion zum Anlass, in Sachen Ochsenau noch einmal zurückzublicken – und nachzuhaken.

Seit das Thema 2017 erstmals wieder konkret wurde, halten Verwaltung und Stadtratsmehrheit eisern an der geplanten Bebauung fest – vor allem die ÖDP und der Naturwissenschaftliche Verein Landshut (NVL) hingegen stemmen sich vehement dagegen. Allen voran ÖDP-Stadtrat und vorheriger Ochsenau-Sachverständiger Stefan Müller-Kroehling. In seiner Funktion als zweiter Vorsitzender des NVL fuhr der Forstwissenschaftler erst vor Kurzem schwere Geschütze auf und legte gemeinsam mit dem Landesbund für Vogelschutz (LBV) bei der Europäischen Kommission Beschwerde gegen das städtische Bauvorhaben auf Höhe Auloh ein (wir berichteten). Damit nahm das ewige Streitthema erneut an Fahrt auf.

Müller-Kroehling: Deal hat heute keinen Bestand mehr

Doch was steckt eigentlich hinter dem Konflikt, der erst in den vergangenen drei Jahren wieder hochkochte? Der Grund liegt mehr als zwei Jahrzehnte zurück und fußt auf einem folgenschweren Deal zwischen dem damaligen OB Josef Deimer und dem damals ersten Vorsit-



Das Areal der Ochsenau ist knapp 50 Hektar groß und grenzt direkt an das Naturschutzgebiet im Stadttosen. Geht es nach der Stadt, sollen 20 Hektar der Fläche in den kommenden Jahren bebaut werden.

Foto: LZ-Archiv/Klaus Leidorf

zenden der Kreisgruppe Landshut des Bund Naturschutz (BN), Paul Riederer. Nachdem die Bundeswehr 1994 den militärischen Übungsbetrieb auf dem Gelände einstellte, zeigten sowohl Stadt als auch BN großes Interesse an der plötzlich zur Verfügung stehenden, knapp 300 Hektar großen Fläche.

Nach langen Diskussionen einigte man sich schließlich auf einen Kompromiss: 280 Hektar des Areals wurden als Naturschutzgebiet (NSG) ausgewiesen. Die restlichen 20 Hektar sollen hingegen nach Ablauf einer 20-jährigen Sperrfrist für die Stadtentwicklung genutzt werden können – sprich: Bauland werden. So versteht zumindest die Stadt den Inhalt dieser Vereinbarung. Stefan Müller-Kroehling ist das ein Dorn im Auge. Müller-Kroehling, der schon vor seiner Wahl in den Stadtrat im Naturschutzbeirat in Sachen Ochsenau immer wieder zu Rate gezogen wurde, sieht in dieser Vereinbarung einen „rechtswidrigen Kompromiss“, der heute aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und rechtlicher Vorgaben keinen Bestand mehr habe.

Im Oktober jährt sich die Ausweisung des Naturschutzgebiets im Landshuter Osten nun zum 20. Mal.



Kathy Mühlebach-Sturm Foto: LZ-Archiv

Zu dieser Gelegenheit sollen auch die Parteien geehrt werden, die damals an der 1996 getroffenen Vereinbarung, der man das NSG zu verdanken hat, beteiligt waren. Doch steht man seitens des BN heute noch zu der vor mehr als 20 Jahren getroffenen Vereinbarung oder stellt man sich „naturgemäß“ auch auf die Seite der Natur und damit gewissermaßen gegen seinen eigenen Deal? Für Kathy Mühlebach-Sturm, Vorsitzende der Kreisgruppe Landshut, ist gerade diese Zwickmühle „sehr schwierig“. In der Vergangenheit sei man sowohl von Bauungsbefürwortern, als auch von

denen harsch kritisiert worden, die sich vom BN mehr Initiative in Sachen Ochsenau gewünscht hätten.

Mühlebach-Sturm: „Wir stehen zu unserem Wort“

Doch: „Wir stehen zu unserem Wort“, macht die BN-Vorsitzende deutlich. „Die Vertragspartner, damals Herr Riederer und Herr Kaltenegger, haben mit der Stadt verhandelt und dafür ein 280 Hektar großes Naturschutzgebiet erhalten, was ein unglaublicher Gewinn ist“, so Mühlebach-Sturm. Gleichwohl würde man als Naturschützer sehr bedauern, wenn die Ochsenau bebaut werde – „nur, weil etwas nicht Naturschutzgebiet ist, heißt es ja nicht, dass dort gebaut werden muss“. Eine Möglichkeit, daran etwas zu ändern, sehe man aber nicht. 2018 hatte man sich dem NVL angeschlossen und für eine zweijährige naturschutzfachliche Untersuchung des Areals ausgesprochen (siehe unten). „Natürlich wären wir nicht unglücklich, wenn ein Verbotstatbestand die Bebauung verhindern könnte“, so Mühlebach-Sturm. „Aber wir fühlen uns an den Kompromiss gebunden und wollen verlässlicher Partner bleiben.“ Daher habe man sich in Sachen Ochsenau auch nie eigeninitiativ an Studien und Co. beteiligt.

Vor 25 Jahren habe man sich für den Spatz in der Hand, statt für die Taube auf dem Dach entschieden – mit dem „Wermutstropfen, dass ein Teil der Natur in 20 Jahren dem Baudruck zum Opfer fallen könnte“, so Mühlebach-Sturm. „Aber es wird immer so sein, dass es mehrere Begehrlichkeiten gibt. Nirgends werden Flächen einfach so dem Naturschutz geschenkt. Und wer weiß, wie es für die Natur ausgegangen wäre, wenn man nicht auf den Kompromiss eingegangen wäre.“ Dennoch gibt die BN-Vorsitzende zu: „Mit unserem heutigen Wissen und der Menge an Natur, die in den vergangenen Jahren verloren ging, würde man eine solche Vereinbarung heute nicht mehr schließen.“